

## Notfallmaßnahmen zur Eindämmung der Energiepreise

Ergebnisse der Blitzumfrage des Wirtschaftsforums der SPD e.V.

Stand: 16. März 2022

---

### EINLEITUNG

Die russische Invasion der Ukraine wirft ein grelles Schlaglicht auf die Energieversorgungssituation in Europa allgemein und Deutschland im Besonderen. War die Lage schon bisher angespannt – einerseits aufgrund der Anstrengungen um die Transformation hin zu mehr Klimafreundlichkeit, andererseits aufgrund der globalen Konjunkturentwicklung –, führt uns die aktuelle Situation unsere erhebliche Abhängigkeit jetzt drastisch vor Augen.

Es besteht daher große Einigkeit, dass ein konsequenter Weg, der auf Erneuerbare Energien, Elektrifizierung und subsidiären Einsatz von kohlenstoffarmem Gasen setzt, nicht nur gut für das Klima wäre, sondern auch die geopolitische Unabhängigkeit einer Region wie Europa fördern würde. Viele Maßnahmen, die bereits im Clean Energy Package, im Koalitionsvertrag oder in den Plänen des BMWK angelegt sind, sind richtig und wichtig. Man denke nur an gute Rahmenbedingungen für den zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien wie z. B. auch die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren oder die Umrüstung, Ertüchtigung und Erweiterung der Netz- und Speicherinfrastruktur, die jetzt angegangen werden müssen, damit sie in den nächsten Jahren immer mehr Früchte tragen können.

Um die akute Krise jedoch zu bewältigen, braucht es allerdings Maßnahmen, die akut helfen und den wirtschaftlichen Schaden eindämmen. Wir haben unsere Mitgliedschaft sowie eine Reihe weiterer Unternehmen gefragt, welche Optionen sie aus einem Bündel verschiedener Maßnahmen bevorzugen würden und wie das aktuelle Krisenmanagement der Bundesregierung eingeschätzt wird. Wir präsentieren Ihnen die Ergebnisse auf den folgenden Seiten.

WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD E.V.  
DOROTHEENSTRASSE 35  
10117 BERLIN

T +49 30 400 40 660  
F +49 30 400 40 666  
MAIL@SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE

[SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE](https://www.spd-wirtschaftsforum.de)

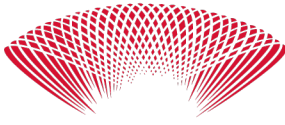
PRÄSIDIUM:  
PROF. DR. INES ZENKE, PRÄSIDENTIN  
HEIKO KRETSCHMER, SCHATZMEISTER  
PROF. DR. SUSANNE KNORRE, VIZEPRÄSIDENTIN  
MATTHIAS MACHNIG, VIZEPRÄSIDENT  
PHILIPP SCHLÜTER, VIZEPRÄSIDENT  
MICHAEL WIENER, VIZEPRÄSIDENT

GESCHÄFTSFÜHRER:  
DR. FRANK WILHELMY

REGISTERGERICHT:  
AMTSGERICHT CHARLOTTENBURG / VR 33920

UST-IDNR.: DE 298512965  
STEUERNUMMER: 27/620/62175  
FA FÜR KÖRPERSCHAFTEN BERLIN

WEBERBANK AG BERLIN  
IBAN: DE81 1012 0100 1004 0066 66  
BIC: WELADED1WBB



## ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

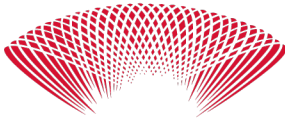
Als besonders geeignete *kurzfristige* Maßnahmen stachen besonders die Senkungen der Strom- und Energiesteuern hervor. Für die Stromsteuer wäre das europarechtlich vorgegebene Minimum von 0,1 bzw. 0,05ct/kWh wünschenswert (derzeit 2,05ct/kWh). Ähnliches gilt für die Energiesteuer für Erdgas oder die Mehrwertsteuer, die auf 7% gesenkt werden könnte. Als eine weitere effektive Maßnahme, die sich großer Zustimmung erfreute, wurde die Subventionierung der Energiepreise für die Industrie angesehen, beispielsweise durch Ausgleichszahlungen für höhere Stromkosten. Auch die Aufhebung der Kohleverstromungsverbote fand als kurzfristige Lösung breite Zustimmung. Des Weiteren sprachen sich die teilnehmenden Unternehmen dafür aus, Liquiditätsunterstützung für Firmen bereitzustellen, die durch Margin-Zahlungen an den Finanzmärkten unter Druck geraten, sowie ein Insolvenzmoratorium in die Wege zu leiten. Auf diese Weise würde man verhindern, dass die Krise Unternehmen aus dem Markt wirft, die eigentlich solide aufgestellt sind. Es sollte darauf hingewiesen werden, dass die Teilnehmer die o.g. Maßnahmen ausdrücklich als kurzfristig geeignet ansahen, langfristig jedoch davon abriefen, damit der Markt seinen Selektionscharakter beibehält und die Nachhaltigkeitsziele nicht gefährdet werden.

Im Hinblick auf Instrumente, die sowohl kurz- als auch langfristig als geeignete Maßnahmen betrachtet wurden, um der Energiepreiskrise entgegenzutreten, waren Superabschreibungen, der zügige Ausbau von Sektorkopplungstechnologien, die Nutzung der Reservekraftwerke, sowie eine Ausarbeitung der Pläne zur Abschaltreihenfolge je nach Systemrelevanz der verschiedenen Sektoren.

Langfristig sprachen sich die teilnehmenden Unternehmen vor allem für den erweiterten Ausbau der erneuerbaren Energien, darunter vor allem dem Hochlauf der industriellen Wasserstoffwirtschaft und dem Ausbau von Biogas. Zudem plädieren die Firmen für langfristiges, strategisches Handeln des Staates in den Bereichen des Ausbaus der LNG-Terminals, sowie dem Ausbau nationaler Rohstoffreserven und dem Einsatz einer Rohstoffallianz mit den europäischen Partnern für den Einkauf von Energierohstoffen. Die zuletzt stark diskutierte Frage eines Preisdeckels lehnten die Unternehmen ab. Auch der Substituierung der Energiequellen durch eine Umschichtung der Importe stehen die Unternehmen eher skeptisch gegenüber.

Insgesamt zeigt sich, dass viele der in dem Papier vorgeschlagenen Maßnahmen weitläufig Unterstützung finden. Oftmals spricht ca. die Hälfte der teilnehmenden Unternehmen ihre allgemeine Zustimmung oder gar eine hohe Zustimmung aus. Für die Politik bedeutet dies, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland keineswegs machtlos ist, um die Energiepreiskrise zu bewältigen. Nun geht es darum zu handeln und die ökonomischen Auswirkungen bei uns möglichst im Rahmen zu halten.

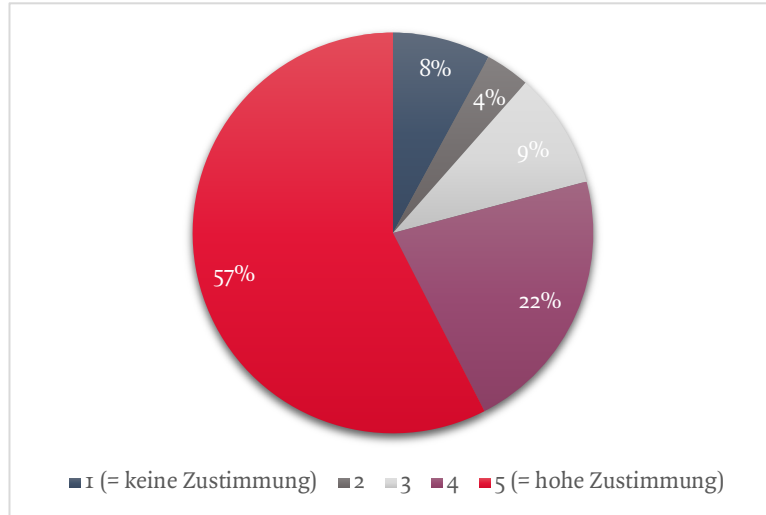
An der Studie nahmen 175 Unternehmen teil. Bei Fragen, wo mehr als 15 % der Teilnehmer keine Angabe gemacht haben, haben wir einen Zusatzvermerk beigefügt, um die Aussagen richtig einzuordnen.



## GRUNDSÄTZLICHE EINSCHÄTZUNG DEN AKTUELLEN MAßNAHMEN

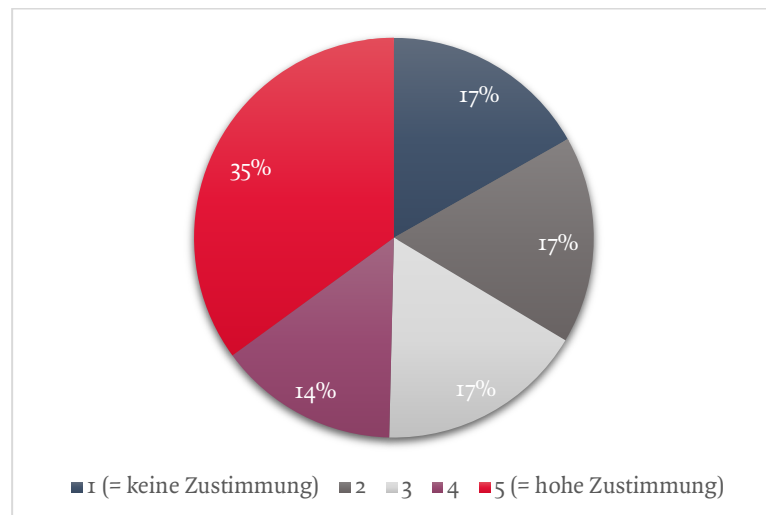
Einleitend wird die Bewertung der derzeitigen Lage durch die Zustimmung zu drei grundsätzlichen Aussagen beleuchtet:

*Ich halte die bisher getroffenen Maßnahmen gegen Russland für richtig.*

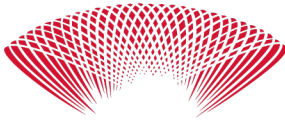


Weit mehr als die Hälfte der Teilnehmer (55%) zeigt eine hohe Zustimmung für die bisherigen gegen Russland ergriffenen Maßnahmen. Jeder Fünfte drückt zudem eine allgemeine Zustimmung aus. Somit stehen 75% der Teilnehmer hinter den verhängten Maßnahmen.

*Ich befürworte weitere Maßnahmen, auch wenn sie mit ökonomischen Nachteilen für Deutschland verbunden sind.*

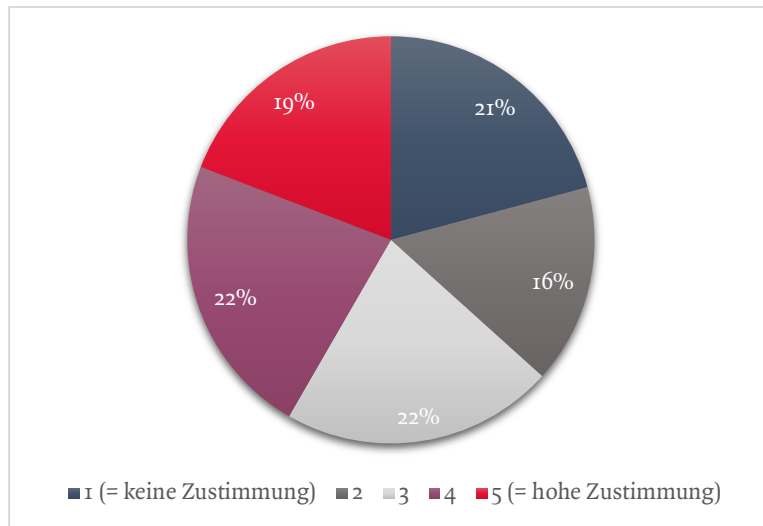


Die Hälfte der Teilnehmer befürwortet weitere Maßnahmen, selbst wenn diese mit ökonomischen Nachteilen für Deutschland verbunden sind. Ein Drittel zeigt diesbezüglich sogar eine hohe Zustimmung. Demgegenüber drückte ca. ein Drittel insgesamt eine ablehnende Haltung aus, wobei sich das Ausmaß der

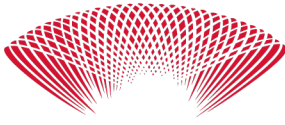


Ablehnung recht gleichmäßig aufteilt: 16% zeigten keinerlei Zustimmung, während weitere 16% eher dahingehend tendierten.

*Mein Unternehmen ist bereits durch die Krise wirtschaftlich stark betroffen.*



Bei den Auswirkungen der Krise zeigen sich die Unternehmen gespalten. Die Antworten auf der Skala sind sehr gleichmäßig verteilt. Der Anteil derer, die der Aussage zustimmen (18%) ist ähnlich hoch wie der Anteil derer, auf den die Aussage überhaupt nicht zutrifft (16%).



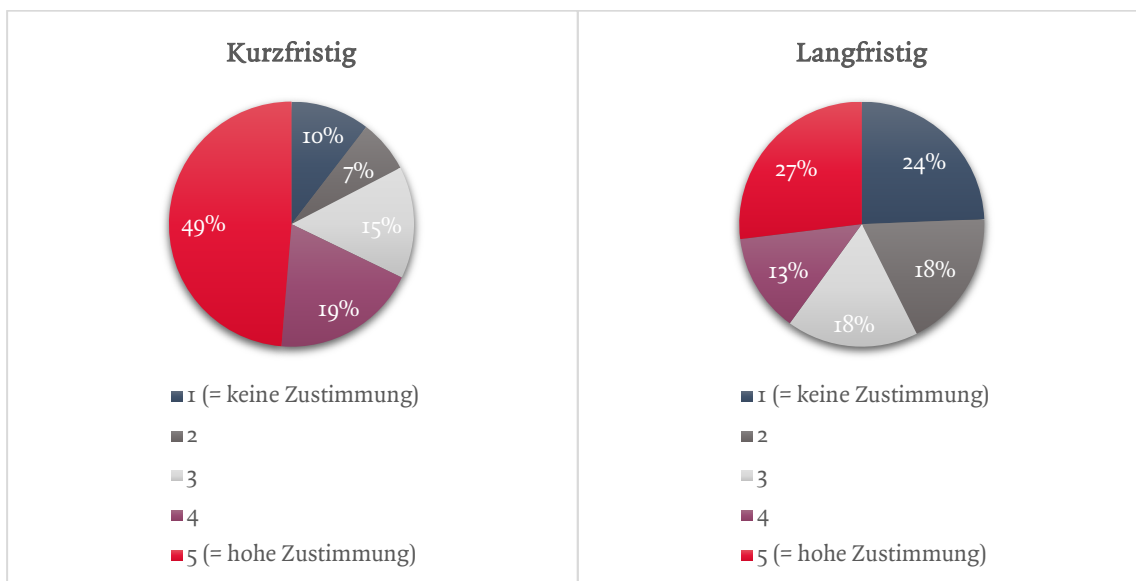
## 1. MAßNAHMENPAKET: ANSETZEN BEI HÖHE DER ENERGIEPREISE

Solange genug Energie für alle zur Verfügung steht, ergibt sich die Belastung der Verbraucher aus dem (stark) gestiegenen Preis für Energie (Strom, Gas, Heizöl, Benzin etc.). Entlastend wirken daher zunächst alle Maßnahmen, die den Preisanstieg dämpfen.

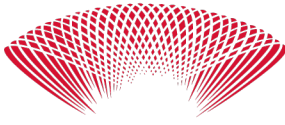
### 1.1 Senkung Steuern (Strom /Energiesteuer auf Minimum, MwSt. auf 7%)

Eine unkomplizierte Methode, die Energiepreise zu senken, besteht darin, die steuerliche Belastung für den Endverbraucher zu reduzieren. Die Stromsteuer liegt z. B. bei 2,05ct/kWh und könnte auf das europarechtlich vorgegebene Minimum von 0,1 bzw. 0,05ct/kWh gesenkt werden. Ähnliches gilt für die Energiesteuer für Erdgas oder die Mehrwertsteuer, deren Satz auf 7% gesenkt werden könnte. Der Vorteil dieser Maßnahmen besteht darin, dass sie keinen Markteingriff bedeuten.

*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



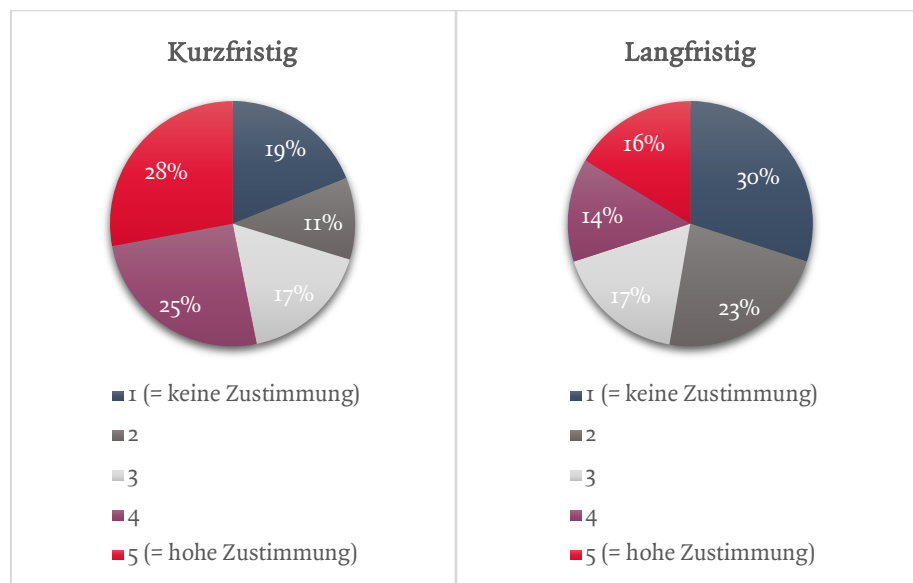
Eine Senkung der Steuern ist für die meisten Unternehmen insbesondere kurzfristig eine sehr geeignete Maßnahme, um die Energiepreiskrise zu bewältigen. Fast die Hälfte aller Befragten (45%) drückten hierzu kurzfristig ihre hohe Zustimmung aus, weitere 18% stimmten dieser Maßnahme zu. Insgesamt sind es somit fast zwei Drittel, die Steuersenkungen befürworteten. Langfristig schrumpft diese Gruppe auf ca. ein Drittel zusammen.



## 1.2 Senkung NNE

In eine ähnliche Richtung zielt der Gedanke, die Netzentgelte zu senken. Auch bei diesen handelt es sich um eine marktunabhängige Komponente mit Preiswirkung für die Endverbraucher. § 24a Abs. 2 EnWG sieht vor, dass der Bund einen Zuschuss an die Übertragungsnetzbetreiber zahlen kann und somit diese Komponente der Netzentgelte senkt.

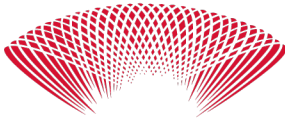
*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



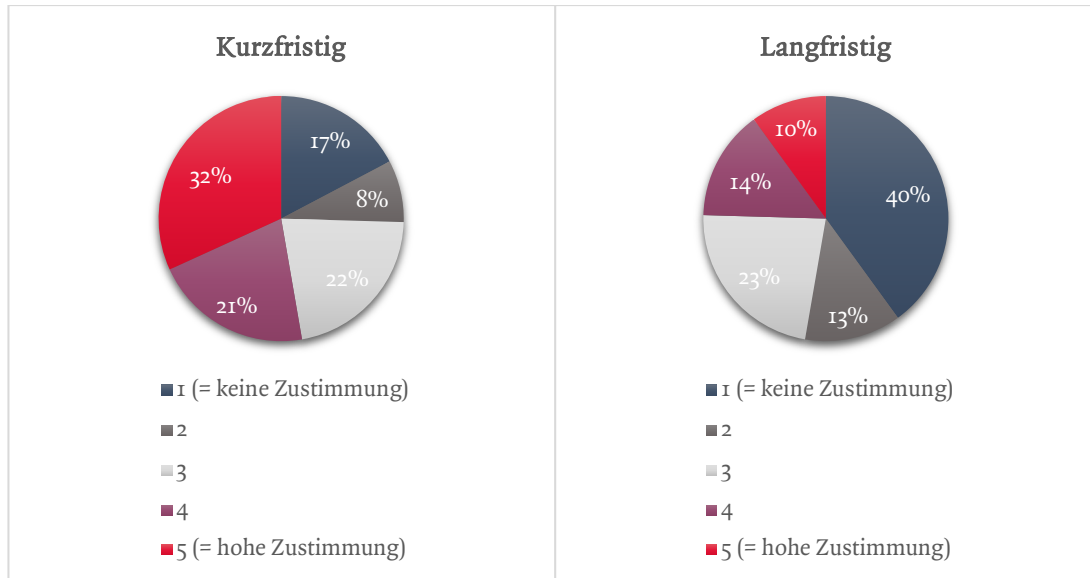
Nicht ganz so stark wie bei den Steuersenkungen, aber immerhin noch beachtlich fällt die Zustimmung bei der Senkung der Netzentgelte aus. Jeweils ca. ein Viertel der Teilnehmer drückt eine Zustimmung bzw. hohe Zustimmung aus, sodass insgesamt die Hälfte diese Maßnahme befürwortet. Als langfristige Maßnahme wird dies jedoch nicht gesehen. Da schrumpft die allgemeine Zustimmung auf ein Viertel zusammen und trifft bei mehr als der Hälfte der Teilnehmer auf Ablehnung.

## 1.3 BEHG-Moratorium

Speziell beim Gasverbrauch ergibt sich für die Verbraucher eine jährlich wachsende Belastung aus dem nationalen Emissionshandel (BEHG), die in 2022 pro Emissionszertifikat 30 EUR beträgt. Setzt man diesen Mechanismus temporär aus, reduzieren sich die Belastungen, ohne den Zweck des Gesetzes zu unterminieren. Schließlich sendet der Marktpreis derzeit auch ohne BEHG-Komponente ein sehr deutliches Signal zum Wechsel auf CO<sub>2</sub>-freie Energieträger. Dem Klima- und Transformationsfonds fehlten aber die Einnahmen, entsprechende Unterstützungsmaßnahmen müssten dann aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Schuldenbremse.



*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*

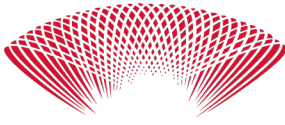


Die Zustimmungswerte hinsichtlich des BEHG Moratoriums sind kurzfristig beachtlich, da auch hier fast die Hälfte der Teilnehmer ihre Zustimmung (18%) bzw. hohe Zustimmung (28%) ausgedrückt haben. Langfristig allerdings sehen die meisten diese Maßnahme kritisch. Mehr als ein Drittel (35%) zeigt keinerlei Zustimmung dafür.

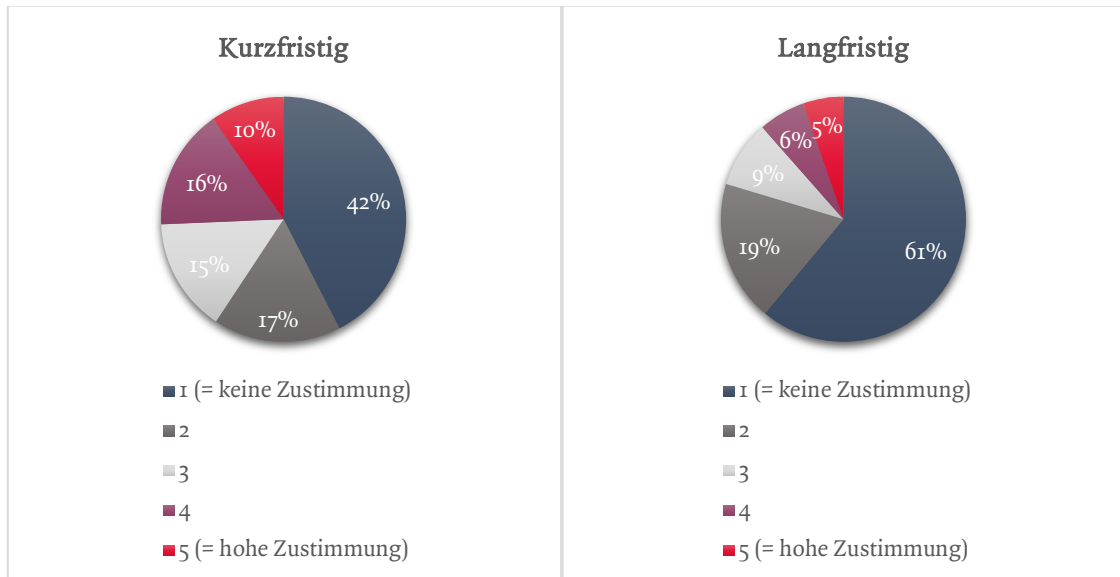
#### 1.4 Ansetzen beim Marktdesign: Genereller Preisdeckel

Die komplexesten Lösungen bestünden in Änderungen am Marktdesign selbst. Hier werden verschiedene Idee diskutiert, die unterschiedlich stark in das Funktionieren des Marktes und seiner Preisbildung eingreifen. Da der liberalisierte Energiemarkt eine wichtige Errungenschaft der Europäischen Union ist, sollten entsprechende Maßnahmen nur sehr behutsam angegangen werden.

Ein radikaler Eingriff bestünde darin, in der Preisbildung einen Deckel zu definieren, der – gleichsam einem technischen Limit an der Börse – nicht überschritten werden kann. Das würde nicht nur die Verdienstmöglichkeiten aller Marktteilnehmer beschränken und ggf. die Refinanzierung von Anlagen, die mit Preisausschlägen kalkuliert haben, unmöglich machen, sondern auch die Signalwirkung des Preises ad absurdum führen.



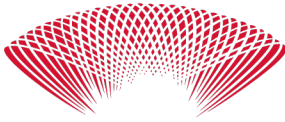
*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



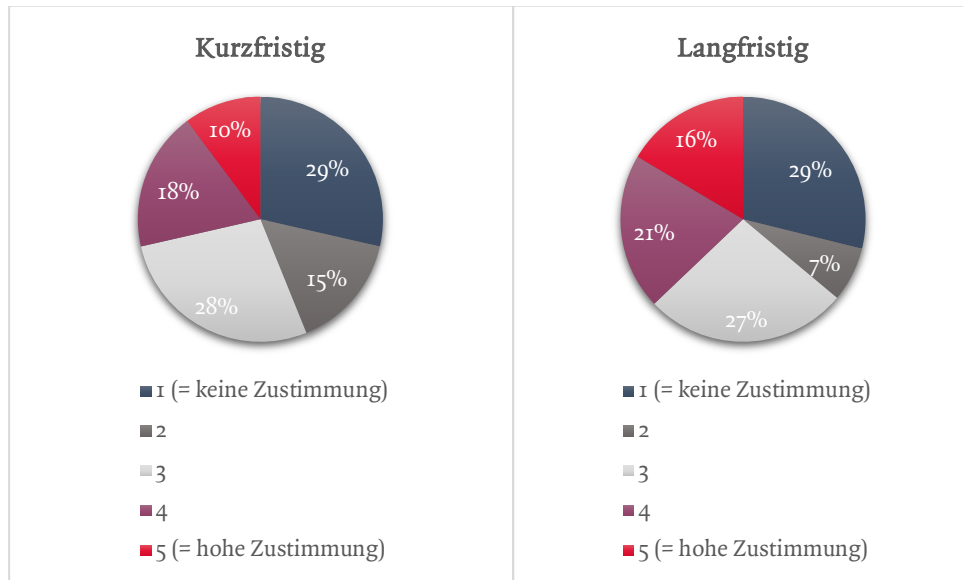
Ein Preisdeckel findet bei den meisten keine Zustimmung – weder kurzfristig noch langfristig. Zwar stimmt fast ein Viertel der Teilnehmer der Maßnahme kurzfristig insgesamt zu, allerdings liegt die Nicht-Zustimmungsrate bei weit mehr als der Hälfte (53%).

### 1.5 Ansetzen beim Marktdesign: Anpassung des Strommarktdesigns ohne Market Clearing Price

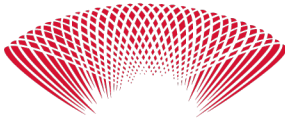
Das deutsche Strommarktdesign basiert auf der Idee einer Auktion mit einem marktabräumenden Preis (Market Clearing Price), der vom letzten noch benötigten Kraftwerk gesetzt wird. Damit sind immer die Grenzkosten des letzten Kraftwerkes relevant, was heute oft und künftig noch öfter ein Gaskraftwerk sein wird. Entsprechend übersetzen sich die hohen Gaspreise unmittelbar in den Strompreis, selbst wenn mehr und mehr Mengen auf der Basis von erneuerbaren Energien mit extrem niedrigen Grenzkosten verkauft werden. Die französische Ratspräsidentschaft hat daher bereits in den Raum gestellt, dieses Modell prüfen zu wollen. Das könnte z. B. bedeuten, dass es unterschiedliche Marktsegmente gibt und die gaskraftwerksgrenzkostenbasierten Marktpreise nur noch für einzelne Marktsegmente relevant werden. Solange Versorger und Industrieunternehmen wesentliche Teile der benötigten Mengen in den anderen Marktsegmenten erwerben können, werden sie weniger anfällig für die extremen Preisschwankungen. Ansatzweise erinnert dies an das französische Industriestrommodell, das praktisch eine Bandlieferung aus Atomkraftwerken zu einem Cost+ Preis darstellt.



*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



Diese Maßnahme wird sehr durchwachsen bewertet, da sich sowohl bei den kurz- als auch bei den langfristigen Zustimmungswerten keine Mehrheiten abzeichnen. Zustimmung, Neutralität, und keine Zustimmung teilen sich zu jeweils ca. einem Drittel auf unter denjenigen, die eine Antwort abgaben. Jeder fünfte Teilnehmer machte bei dieser Frage keine Angabe.



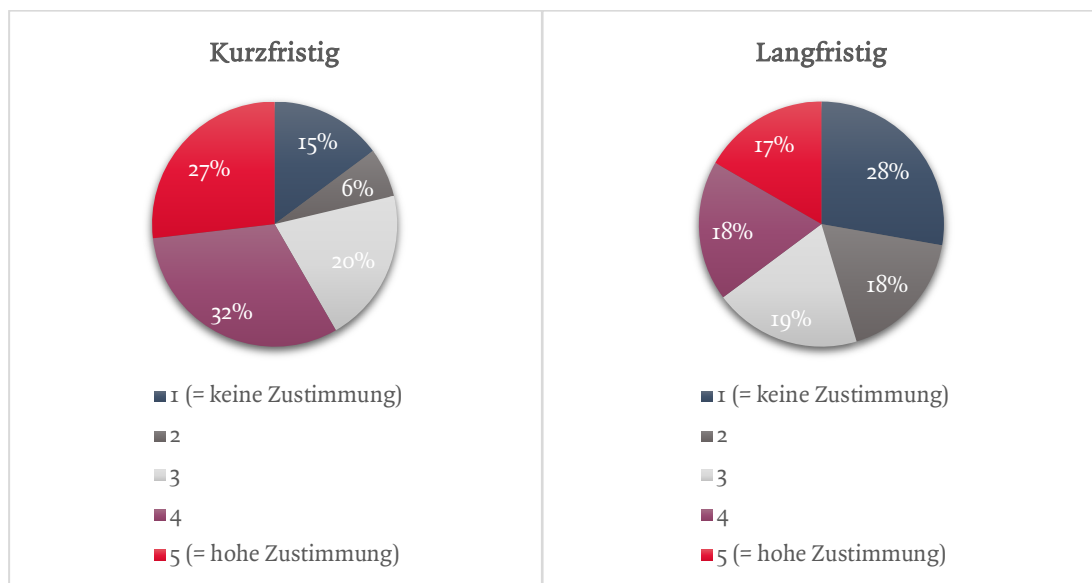
## 2. MAßNAHMENPAKET: ANSETZEN BEI DER BELASTUNG DER VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER

Alternativ oder ergänzend zum Maßnahmenpaket, welches in die Preisbildung eingreift, funktionieren die Maßnahmen, die die Verbraucherinnen und Verbraucher entlasten.

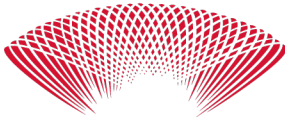
### 2.1 Subventionierte Industrieenergiepreise

Das deutsche produzierende Gewerbe konkurriert weltweit mit Akteuren, die in ihren Produktionsprozessen von deutlich niedrigeren Energiegestehungskosten profitieren. Dies betrifft nicht nur Unternehmen in Asien oder Südamerika, sondern auch Länder wie die USA. Einige europäische Länder wie Frankreich haben daher spezielle Energiepreise für die Industrie. Deutschland könnte der energieintensiven Industrie unter Nutzung des Mechanismus von § 55 Abs. 5 KVBG einen „Ausgleich“ für höhere Stromkosten zahlen, die sich aus dem Kohleausstieg (und damit der zentralen Bedeutung von Gaskraftwerken) ergeben.

*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



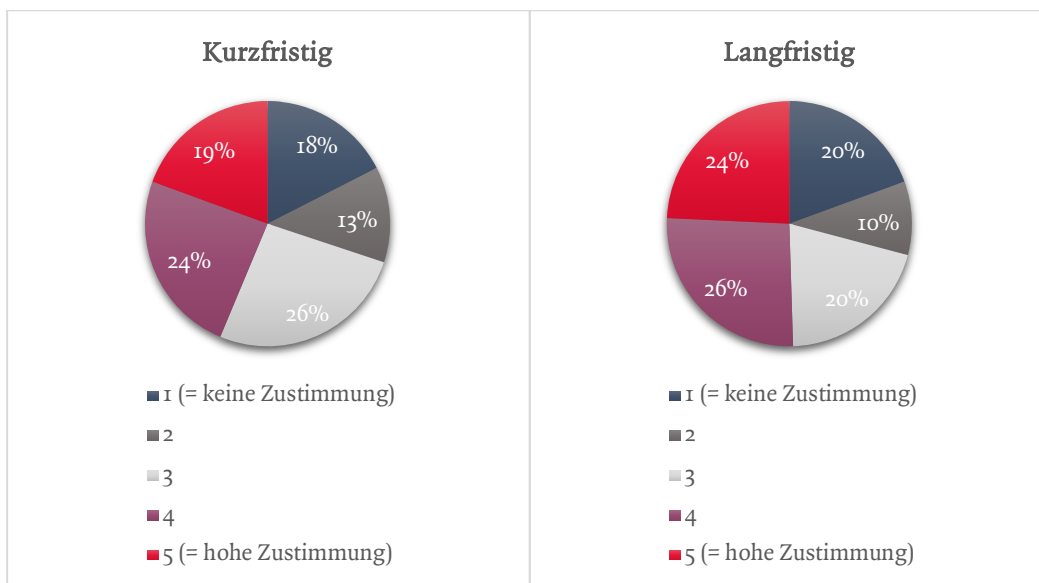
Subventionierte Energiepreise für die Industrie treffen vor allem kurzfristig auf breite Zustimmung. Mehr als die Hälfte drückt sich demgegenüber positiv aus. Eine ablehnende Haltung zeigt lediglich jeder Fünfte. Langfristig allerdings fällt die Zustimmung deutlich geringer aus. Hier spricht sich nur ein Drittel dafür aus, Industrieenergiepreise zu subventionieren.



## 2.2 Ausgleich von Industrieenergiepreisen durch CfDs

An die Stelle eines Zuschusses oder einseitigen Ausgleichs hoher Preise könnte ein Differenzvertrag (Contract for Difference, CfD) genutzt werden, der das Risiko zwischen der öffentlichen Hand und dem Unternehmen aufteilt. Sollte der Energiepreis nämlich niedriger als befürchtet liegen, müsste das Unternehmen eine Zahlung an den Staat vornehmen.

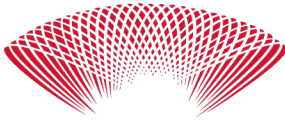
*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



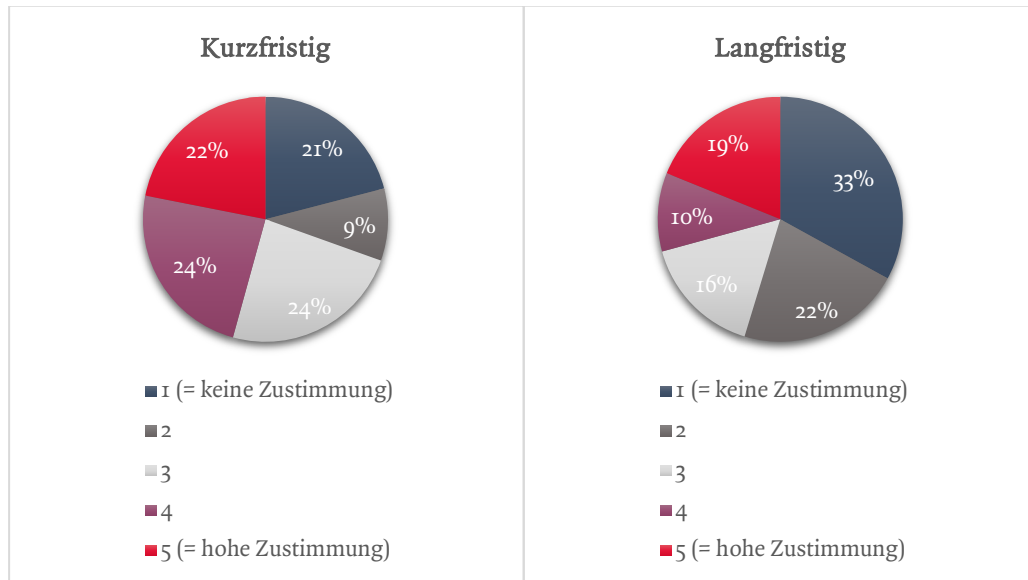
CfDs treffen auf eine ebenfalls hohe Zustimmung bei den Teilnehmern, allerdings als kurzfristige Maßnahme nicht ganz in dem Ausmaß wie eine Subventionierung der Energiepreise. Etwas weniger als die Hälfte der Teilnehmer sieht es kurzfristig geeignet, ca. ein Drittel hingegen steht dem kurzfristig neutral gegenüber. Als langfristige Maßnahme jedoch treffen CfDs bei der Hälfte der Teilnehmer auf Zustimmung.

## 2.3 Energiegeld

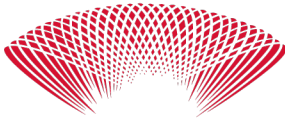
Ein Energiegeld kann so ausgestaltet werden, dass allen Bürgerinnen und Bürgern ein Energiegeld als Fixbetrag ausgezahlt wird, der insbesondere den sozial und finanziell Schwächeren erlaubt, die Energiemehrkosten zu kompensieren. Die bekannten Schwierigkeiten ergeben sich hier vor allem bei der Frage des Zu- teilungsmechanismus.



*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



Kurzfristig stimmt fast die Hälfte einem Energiegeld als geeignete Maßnahme zu. Nur bei ca. einem Drittel finden wir eine eher ablehnende Haltung. Langfristig hingegen sieht nur ein Viertel die Maßnahme als zielführend an, eine Mehrheit lehnt es ab.



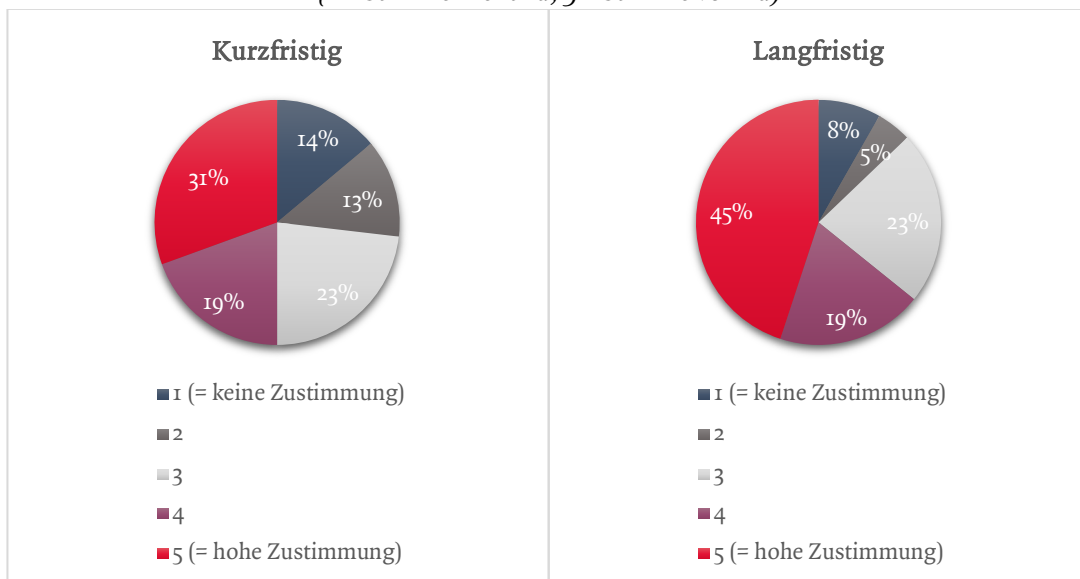
### 3. MAßNAHMENPAKET: ANSETZEN BEIM VERBRAUCH

Eine systemimmanent stringente Lösung stellt die Reduzierung des Verbrauchs dar. Da allerdings jenseits von Verhaltensänderungen, wie sie das Umweltbundesamt vorschlägt (Raumtemperatur senken, Sparduschköpfe verwenden), die Auswirkungen nicht unmittelbar eintreten können, handelt es sich hierbei um ein mittel- bis langfristiges Instrument, welches allerdings die Zielrichtung der Klimaneutralität optimal unterstützt.

#### 3.1 Unterstützung für Transformation/Einsparungen von Energie durch Fördermittel

Sowohl Unternehmen als auch Bürger\*innen können von Fördermitteln für den Austausch ineffizienter Geräte, Wärmedämmungen und ähnlichen Maßnahmen profitieren. Dies ist bereits in den vorhandenen Plänen angelegt.

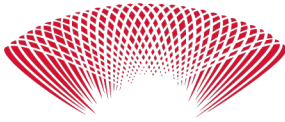
*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



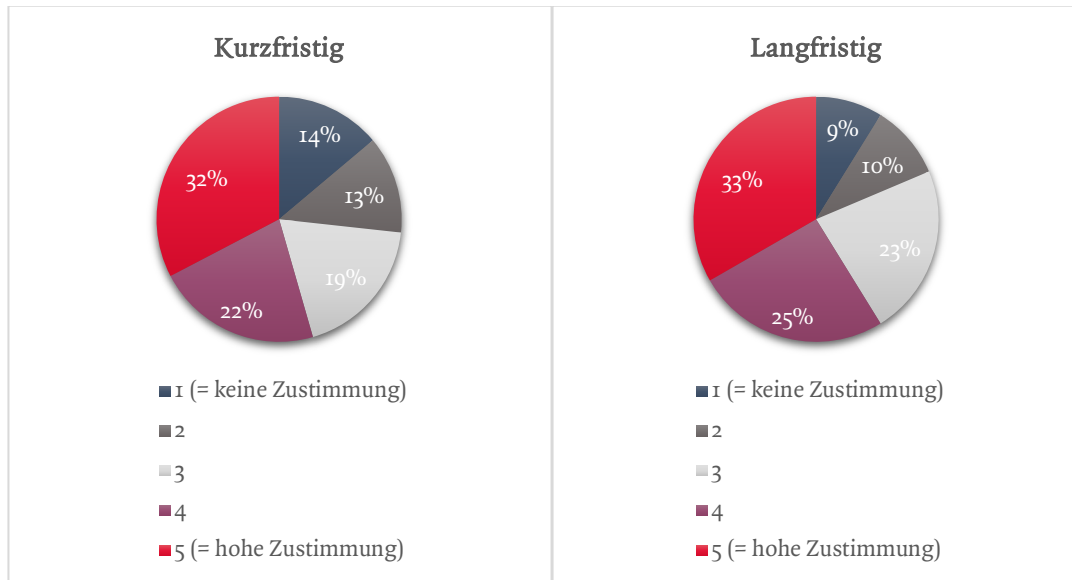
Den Einsatz von Fördermitteln zur Energieeinsparung befürworten die meisten Teilnehmer sowohl als kurz- wie auch als langfristige Maßnahme. Ca. die Hälfte spricht sich dafür kurzfristig aus, langfristig sind es sogar beinahe zwei Drittel.

#### 3.2 Unterstützung für Transformation/Einsparungen von Energie durch Superabschreibungen

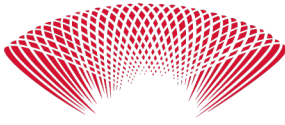
Gerade im Industriebereich kann anstelle von Fördermitteln mit dem Instrument der Superabschreibungen gearbeitet werden.



*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



Superabschreibungen treffen sowohl kurz- als auch langfristig auf breite Unterstützung. Weit mehr als die Hälfte der Teilnehmer drückte dazu ihre Zustimmung aus. Eine ablehnende Haltung behält nur eine Minderheit bei – vor allem langfristig.



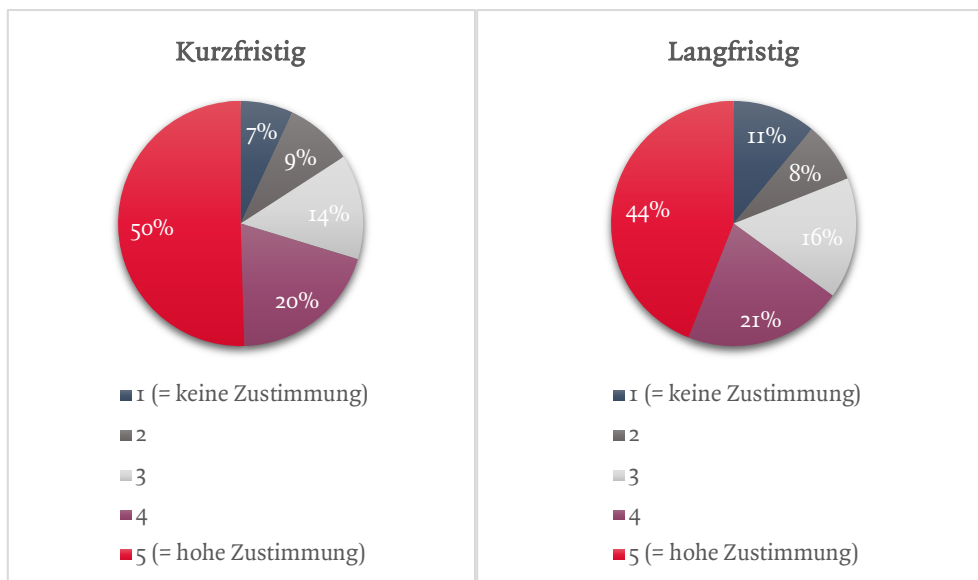
#### 4. MAßNAHMENPAKET MIT FOKUS AUF DIE VERSORGUNGSSICHERHEIT

Während sich die bisherigen Maßnahmen vor allem mit dem Effekt von hohen Preisen beschäftigt haben, steht dahinter auch die Gefahr, dass bei einer weiteren Eskalation der Ereignisse die Energieimporte aus Russland komplett ausfallen könnten. Das hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit in Deutschland.

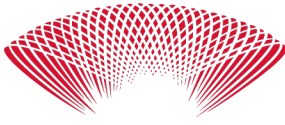
##### 4.1 Systemrelevante Industrie: Abschaltreihenfolge nach regulatorischen Vorgaben Strom/Gas

In dem Fall akuter Gasknappheit sind die Netzbetreiber aufgrund europäischer Vorgaben gehalten, nicht-geschützte Gasverbraucher vom Netz zu nehmen, um geschützte Verbraucher wie Haushalte, soziale Einrichtungen aber auch die Wärmeversorgung sicher versorgen zu können. Die Einzelheiten sind über Notfallpläne festgelegt, die aber nicht berücksichtigen, welche systemische Relevanz die nicht-geschützten Verbraucher haben. Es ist daher sinnvoll, die bestehenden Pläne dahingehend zu überprüfen und zu ergänzen, dass zusätzlich zu dem Schutz der vulnerablen Gruppen und des Netzes auch die Bedeutung der abzuschaltenden Unternehmen für die industriellen Prozesse in Deutschland mitberücksichtigt werden.

*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



Eine solche Einordnung halten ca. zwei Drittel der teilnehmenden Unternehmen für eine sinnvolle Maßnahme. Interessant ist, dass sich das Bild sowohl kurz- als auch langfristig sehr stark ähnelt.

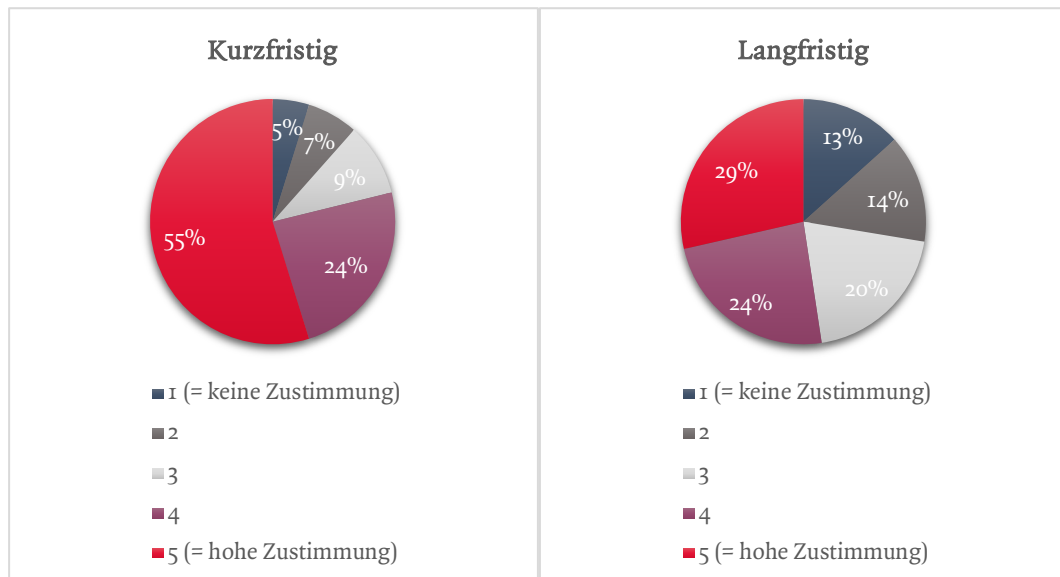


#### 4.2 Sichern der Stromversorgung: Nutzen der Reservekraftwerke

Auch wenn ausbleibende Gaslieferungen nicht ohne Weiteres heutzutage durch eine erhöhte Stromproduktion ausgeglichen werden könnten, gibt es dennoch die Überlegung, zumindest den Gasbedarf der Gaskraftwerke dadurch zu reduzieren, dass andere Stromerzeugungsoptionen zur Verfügung stehen.

Die erste Möglichkeit besteht darin, die Regeln für die vorhandenen Kraftwerke der Kapazitätsreserve anzupassen, so dass sie nicht nur im Fall einer „Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems“ genutzt werden können, sondern auch im Fall einer gesamtwirtschaftlichen Gefährdung des Energiesystems.

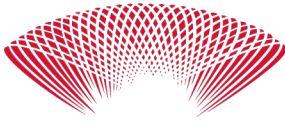
*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



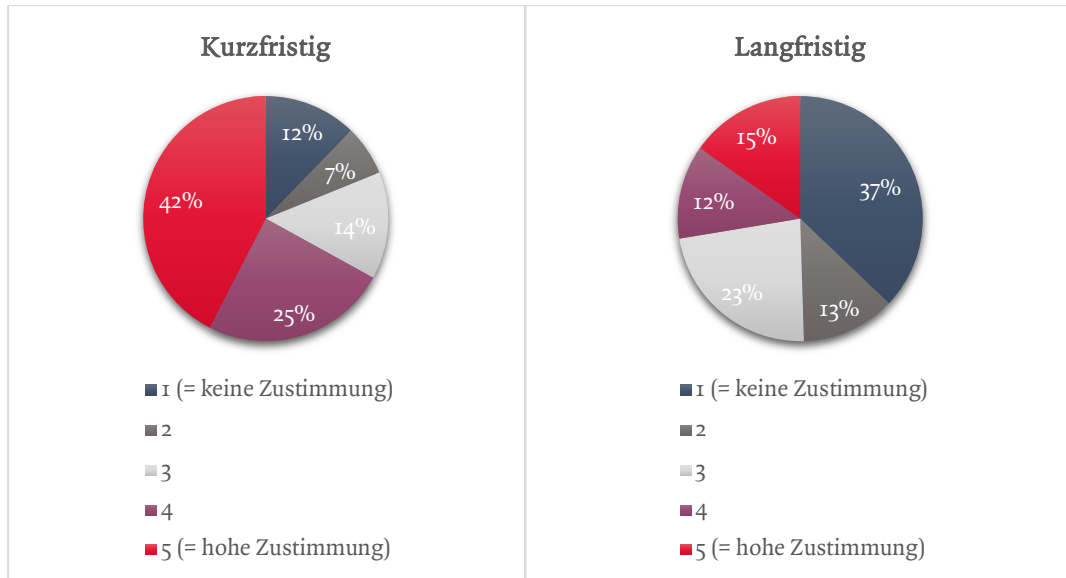
Die Nutzung der Reservekraftwerke wird insbesondere als kurzfristige Maßnahme sehr breit unterstützt. Mehr als drei Viertel der Teilnehmer sprach sich dafür aus, wobei mehr als die Hälfte sogar eine hohe Zustimmung signalisierte. Langfristig hingegen sieht im Vergleich dazu nur die Hälfte der teilnehmenden Unternehmen eine solche Maßnahme als geeignet an.

#### 4.3 Sichern der Stromversorgung: Kohleverstromungsverbote aufheben. Wie soll der Prozess bei denen in den Ausschreibungen sein?

Die zweite Möglichkeit bestünde darin, in der Krisenphase die Kohleverfeuerungsverbote der Kraftwerke zu suspendieren, die gemäß den Regeln des KVBG eigentlich aus dem Markt gehen sollen.



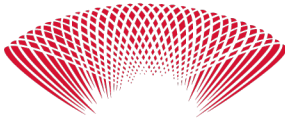
*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



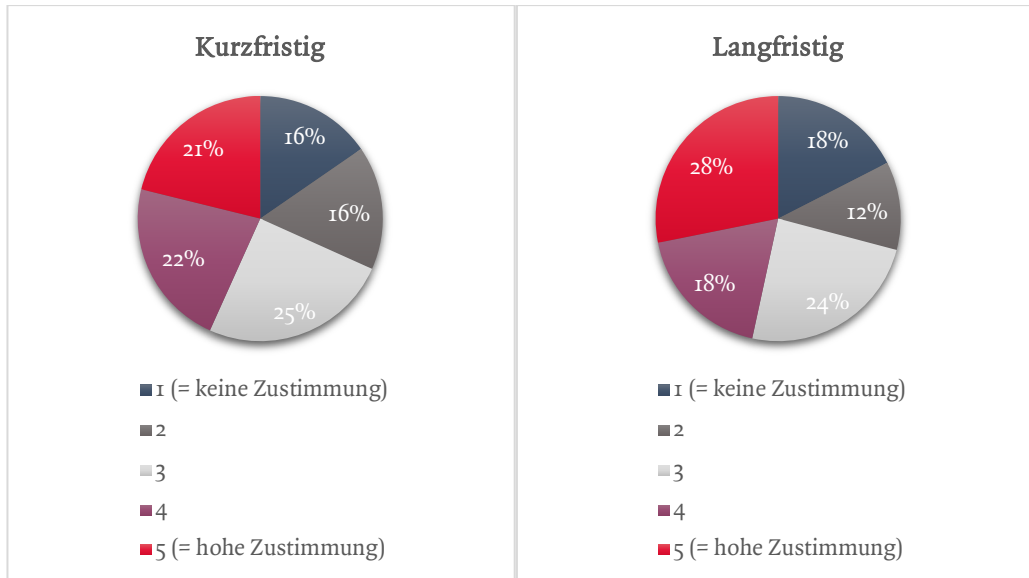
Die Aufhebung der Kohleverstromungsverbote offenbart eine starke Divergenz in der Eignung zwischen der Kurz- und Langfristigkeit, mit der die Unternehmen diese Maßnahme bewerten. Kurzfristig sprechen sich ca. zwei Drittel dafür aus. Langfristig hingegen trifft die Maßnahme auf Ablehnung. Fast die Hälfte der Unternehmen würde dem nicht oder eher nicht zustimmen, wobei der Anteil derer, die keinerlei Zustimmung dafür aufbringen, mit einem Drittel insgesamt sehr hoch ist.

#### 4.4 Sichern der Stromversorgung: Biomasseverstromung als Zwischenlösung

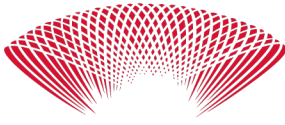
Die dritte Möglichkeit besteht darin, die Biomasseverstromung als Zwischenlösung zu forcieren und die Biomasse-KWK weiter auszubauen. Unter Berücksichtigung aller Nachhaltigkeitskriterien und einer globalen Verfügbarkeit bietet diese eine Alternative zu fossilen Brennstoffen und wäre als steuerbare Erzeugung eine gute Komplementärlösung zum weiter zu forcierenden Ausbau von Wind- und PV-Erzeugungsanlagen.



*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



Sowohl kurz- als langfristig wird die Biomasseverstromung als Zwischenlösung geteilt bewertet. Die Antworten verteilen sich gleichmäßig über das gesamte Spektrum der Zustimmungsgrade.



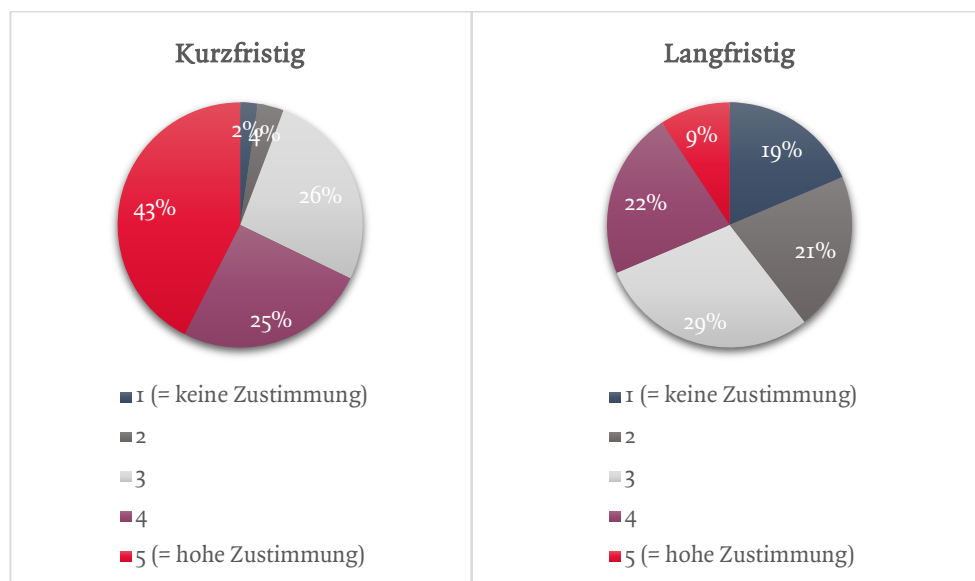
## 5. MAßNAHMENPAKET: BLICK AUF ENERGIEVERSORGUNGSUNTERNEHMEN SELBST

Aufgrund ihrer Intermediärfunktion sind die Energieversorgungsunternehmen (EVU) von den hohen Energiepreisen und der mit dem Ukrainekrieg verbundenen Unsicherheiten in besonderer Weise betroffen. Diesbezüglich sind die Energieversorger zu schützen.

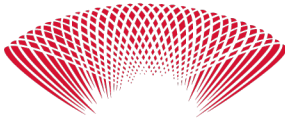
### 5.1 Liquiditätshilfen für Margining

Das erste Problem besteht in dem dramatisch erhöhten Bedarf an Liquidität bzw. anderen Sicherungsinstrumenten. Durch den dramatischen Anstieg der Energiekosten stellt jeder Vertrag mit einem niedrigeren Vertragspreis als der heute Marktpreis ein signifikantes Wiedereindeckungsrisiko dar. Die Börsen verlangen hier von den Lieferanten der günstigen Energie enorme Sicherungsbeträge als sog. Margin-Zahlungen. Aber auch andere Börsenteilnehmer müssen allein aufgrund der Marktvolatilität sehr viel mehr Sicherungsmittel als früher stellen. Für beides brauchen diese Unternehmen – auch jenseits von den Milliarden, die Uniper von der KfW erhalten hat – Liquiditätshilfen oder Sicherheiten.

*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



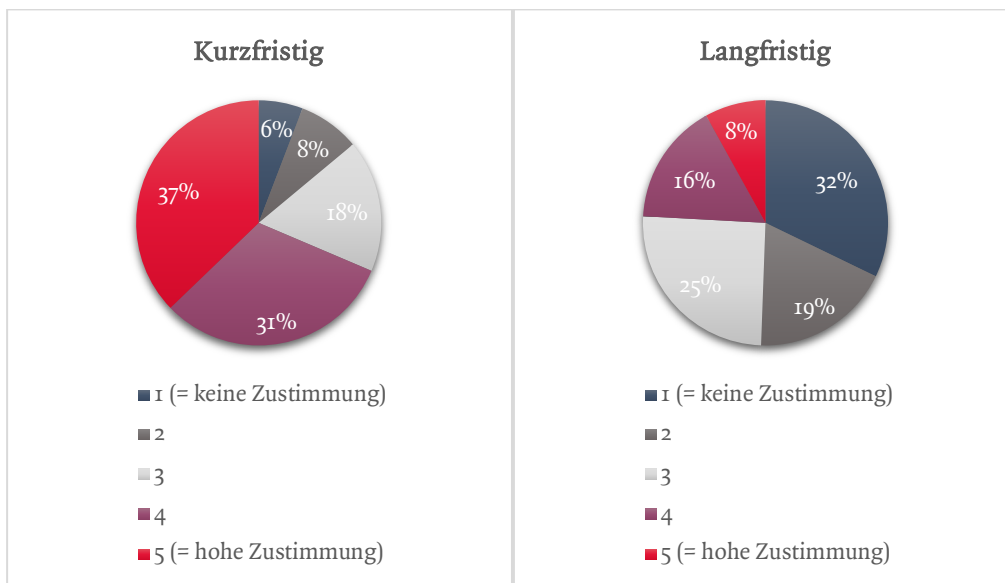
Margin calls bringen Unternehmen zeitweilig und ohne Selbstverschuldung in Liquiditätsengpässe. Vor allem kurzfristig kann dies somit eine geeignete Maßnahme sein, den betroffenen Unternehmen unter die Arme zu greifen. Dies teilt die überwältigende Mehrheit derer, die ihre Stimme zu der Maßnahme abgegeben haben. Zwei Drittel sprechen sich dafür aus. Eine ablehnende Haltung als kurzfristige Maßnahme hat nur eine verschwindend geringe Minderheit. Langfristig sieht das Bild anders aus. Hier sinkt die Zustimmung rapide – auf etwas mehr als ein Viertel. Ca. ein Drittel lehnt die Maßnahme langfristig eher ab. Auf diese Frage haben ca. 20% der Teilnehmer keine Angaben gemacht.



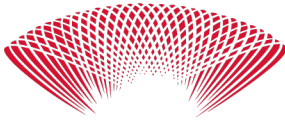
## 5.2 Insolvenzmoratorium

Das zweite Problem besteht dann, wenn Unternehmen wie Gazprom Germania oder Wingas bei einer weiteren Eskalation als Lieferant von (russischem) Erdgas wegfallen. Deren Partner, also viele Versorger in Deutschland, würde allein durch die Kosten der Wiedereindeckung der wegfallenden Lieferungen zu heutigen Marktpreisen praktisch sofort insolvent werden. Diese Insolvenz kann nur vermieden werden, wenn entweder die Ausfälle staatlich kompensiert würden oder die Lieferverträge dieser Versorger selbst so angepasst werden könnten, dass die Preise erhöht werden oder die Lieferungen verringert werden dürfen. Hier bestünde ein echter nationaler Notfall, der eine Störung der Geschäftsgrundlage im Sinne von §§ 313, 314 BGB darstellte. Eine Klarstellung, dass einerseits eine Störung der Geschäftsgrundlage gegeben wäre und andererseits Insolvenzanträge nicht zu stellen wären, bis Klarheit in Bezug auf die Auswirkung auf die Lieferseite besteht, würde die Unternehmen von Unsicherheit entlasten.

*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



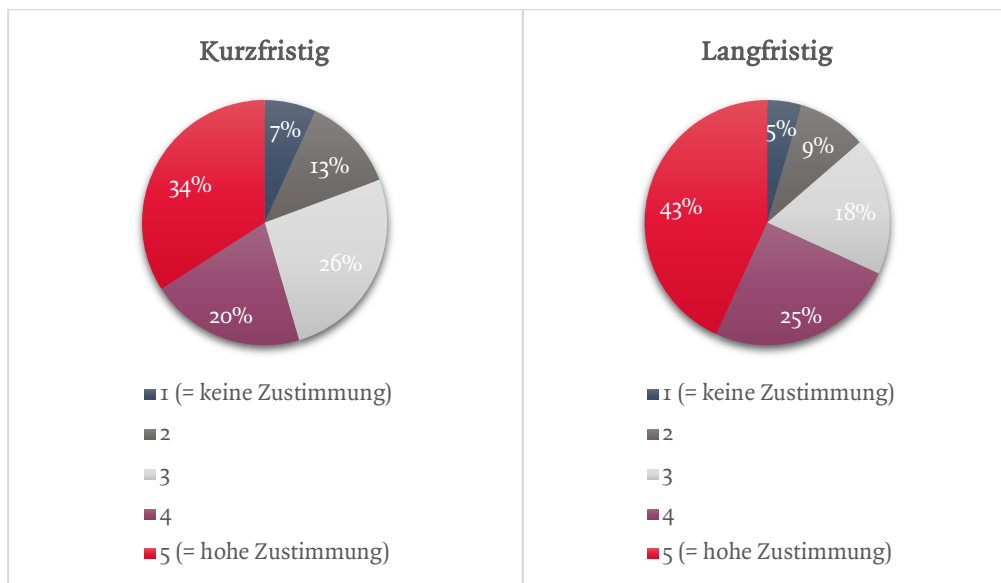
Beim Insolvenzmoratorium sieht es ähnlich aus wie beim Margin Calling: hohe kurzfristige Zustimmungswerte, hohe langfristige Ablehnung. Ca. zwei Drittel unterstützen die Maßnahme als kurzfristige Hilfe, langfristig hingegen sind es weniger als ein Viertel. Eine knappe Mehrheit lehnt ein Insolvenzmoratorium als langfristige Maßnahme ab. 20% der teilnehmenden Unternehmen haben zu der Frage keine Angabe gemacht.



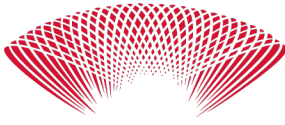
### 5.3 Ausbau der Sektorkopplungstechnologien

Die vorzeitige Entlastung des Stroms von der EEG-Umlage schon zum 1. Juli 2022 ist ein wichtiger erster Schritt. Um Landstrom und die wichtigen Sektorkopplungstechnologien wie große Wärmepumpen und Power-to-Heat voranzubringen und verstärkt nutzbar zu machen, sollte nun eine kurzfristige Entlastung auch von der Stromsteuer und den Konzessionsabgaben folgen, zusätzlich sollte die durch den EUGH aufgewertete Bundesnetzagentur noch in 2022 diese Technologien von den Netzentgelten befreien, indem die Behörde die nötigen Weichen bei der Netzregulierung stellt. Damit könnten noch in 2022 die nötigen Impulse gegeben werden, um die Versorgung abzusichern. Die Befreiung von der Stromsteuer, von den Netzentgelten nach der StromNEV, von der Offshore-Netzumlage, den Abgaben nach der Abschaltbare Lasten VO und der KWK-Umlage sollten daher kurzfristig folgen.

*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



Sowohl kurz- als auch langfristig wird ein Ausbau der Sektorkopplungstechnologien begrüßt. Mehr als die Hälfte drückten dafür kurzfristig ihre Zustimmung aus. Langfristig stieg der Anteil auf zwei Drittel. 20% der Teilnehmer haben die Frage ohne Angabe gelassen.



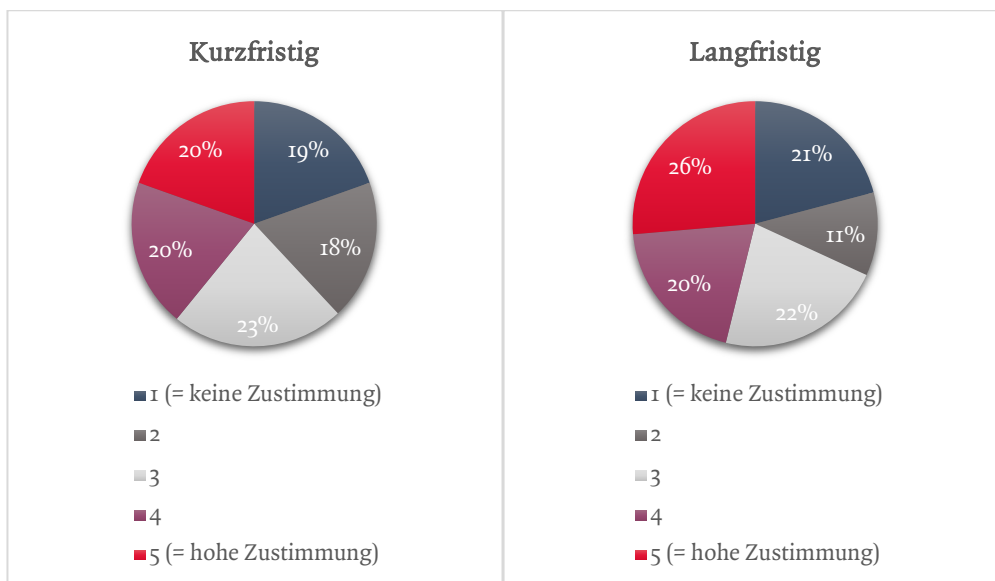
## 6. MAßNAHMENPAKET: ALTERNATIVES SOURCING DER BRENNSTOFFE

Letztlich muss während einer Übergangszeit, in der sicherlich nicht sofort Deutschland in eine all-electric-society transformiert werden kann (abseits von der Frage, ob dies richtig oder möglich wäre), über alternative Quellen für Brennstoffe nachgedacht werden.

### 6.1 Umschichtung der Importe

Aufgrund der Leitungsgebundenheit von Erdgas können die Importe nicht beliebig verschoben werden. In Europa gibt es keine nennenswerten Alternativquellen mehr, da die norwegische Produktion bereits stark ausgereizt ist. Eine Wiederaufnahme der Gasförderung in den Niederlanden oder Norddeutschland wird teilweise angedacht, brächte aber nach den Überlegungen letztlich kaum nennenswerte Entlastung im Verhältnis zum Volumen der russischen Importe.

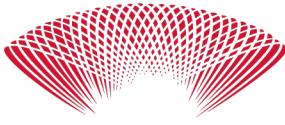
*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



Eine Umschichtung der Importe trifft auf eine sehr gespaltene Zustimmung. Kurzfristig haben wir fast eine perfekte Gleichverteilung über das gesamte Spektrum. Langfristig zeichnet sich eine eher zustimmende Tendenz ab, allerdings sind die Werte weit davon entfernt, dass man hier eine klare Aussage zu treffen könnte.

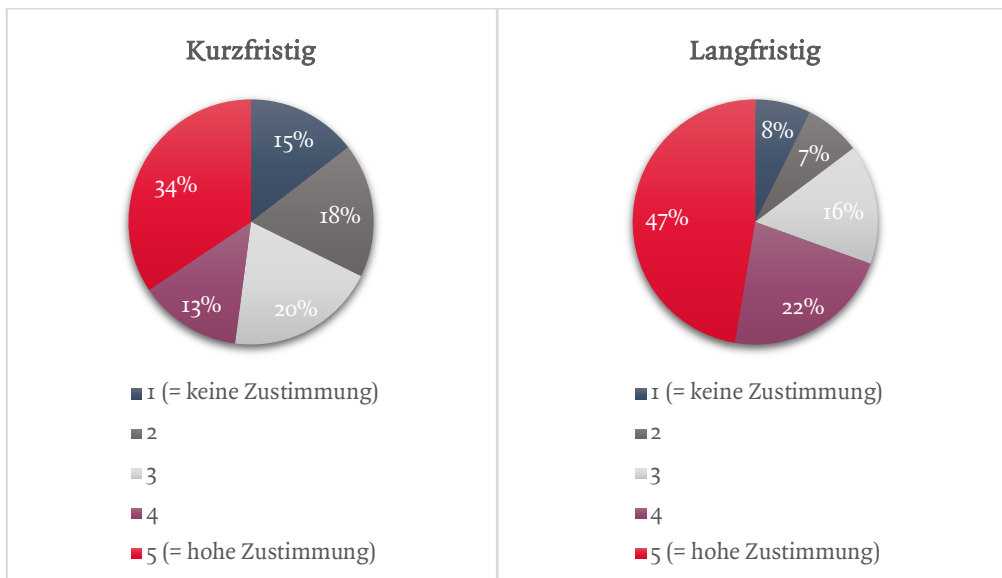
### 6.2 LNG Terminals

Erdgas kann leitungsungebunden in verflüssigter Form als LNG z. B. per Schiff transportiert werden. Auf diesem Wege kann Erdgas z. B. auch aus dem mittleren Osten importiert werden. Zum Löschen der Ladung und zur Regasifizierung bedarf es allerdings spezieller Einrichtungen, nämlich LNG-Terminals, über die



Deutschland bislang nicht verfügt. Allerdings gibt es mehrere Projekte (z. B. in Wilhelmshaven, Brunsbüttel oder Stade), die mit Hochdruck vorangetrieben werden müssten. Die Nutzung anderer LNG-Terminals in Europa ist zwar generell möglich, unterliegt aber auch Kapazitätsbeschränkungen. Als weiteres Problem kann regasifiziertes LNG nicht problemlos von West nach Ost durch das vorhandene Leitungsnetz transportiert werden. Kurzfristig wäre zu klären, ob es an den deutschen Häfen Möglichkeiten gibt, mobile Floating Storage and Regasification Units (FSRU) in die bestehende Gasinfrastruktur einzubinden, um bereits vor der Fertigstellung der LNG-Terminals Einspeiseoptionen frühzeitiger zu realisieren (z. B. Hamburger Hafen) und somit die Versorgungssicherheit zu diversifizieren.

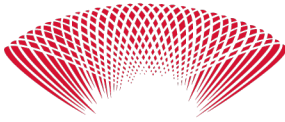
*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



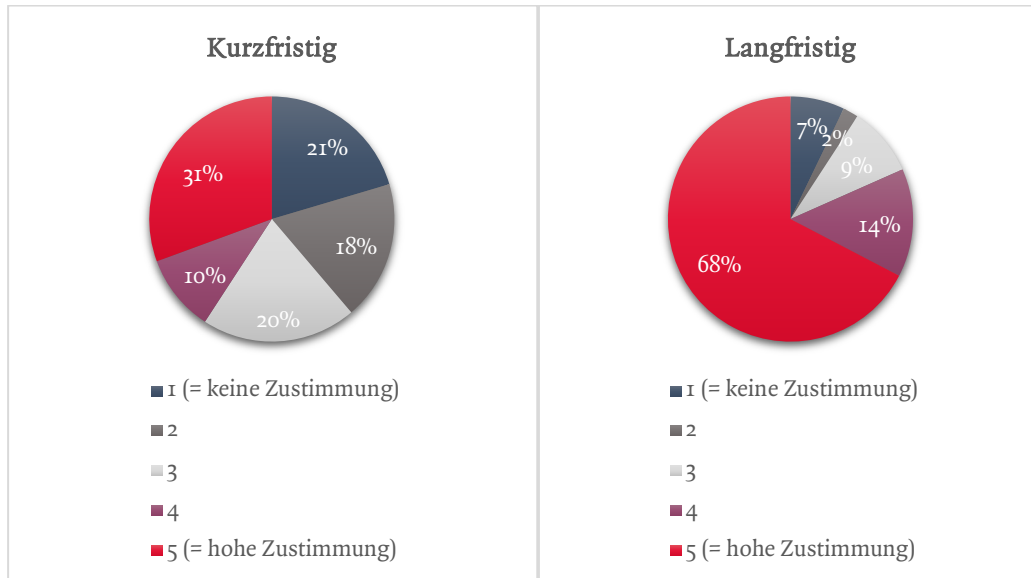
Kurzfristig und – insbesondere – langfristig werden LNG Terminals als geeignete Maßnahme bewertet. Kurzfristig ist es beinahe die Hälfte der Teilnehmerschaft, die die Maßnahme befürwortet – mit ca. einem Drittel der Gesamtheit, die sogar ihre hohe Zustimmung ausdrückt. Langfristig gibt ca. jeder zweite Teilnehmer eine hohe Zustimmung für LNG Terminals an. Zusammen mit jenen, die der Maßnahme langfristig insgesamt zustimmen, macht der Anteil der allgemeinen Zustimmung mehr als zwei Drittel aus.

### 6.3 Wasserstoff

Perspektivisch sinnvoll ist der Ersatz von importierten LNG durch Wasserstoff aus heimischer Produktion oder diversifizierten internationalen Quellen. Hier müssen jetzt dringend Maßnahmen für die Beschleunigung und Skalierung im industriellen Maßstab, die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und den Markthochlauf ergriffen werden, auch wenn die Effekte sich erst in Jahren auszahlen werden.



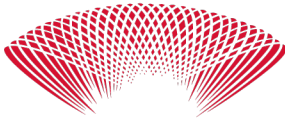
*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



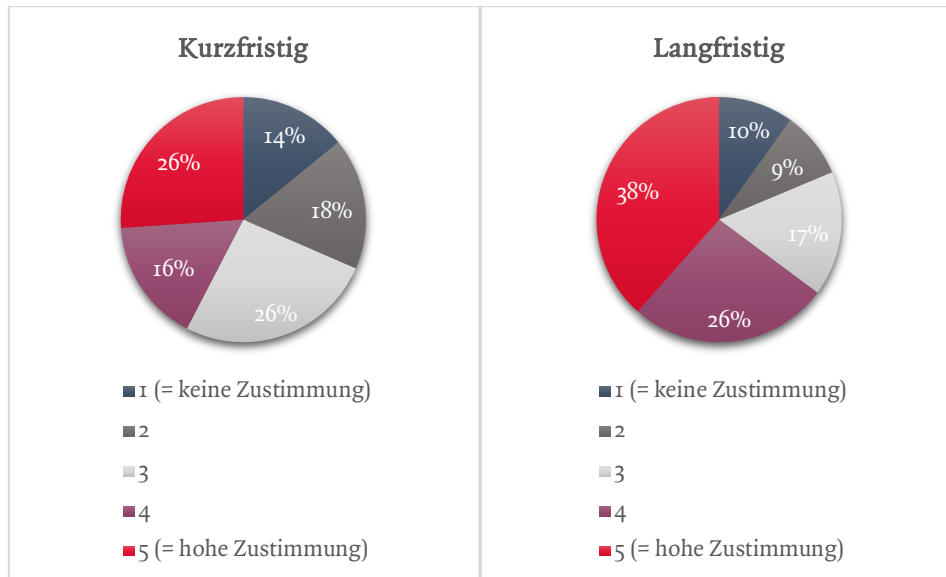
So sehr die Zustimmungswerte für diese Maßnahme langfristig enorm hoch sind – weit über drei Viertel der teilnehmenden Unternehmen drücken ihre (größtenteils) hohe Zustimmung dafür aus, so skeptisch sind viele, dass dies als kurzfristige Maßnahme geeignet ist, um der Krise zu begegnen. Hier geben lediglich etwas mehr als ein Drittel ihre Zustimmung an – der Anteil der Ablehnung ist genauso groß.

#### 6.4 Biogas-Ausbau mit Nachhaltigkeitszertifizierung

Parallel zur Wasserstoffverwendung steht die Verwendung von kohlenstoffarmen Gasen auf Basis erneuerbarer Quellen wie Biogas. Dieser Bereich sollte ausgebaut werden, wobei auf die Nachhaltigkeitszertifizierung zu achten ist. Ebenfalls sollte das Marktmodell so gestaltet werden, dass der Biogas-Einsatz als steuerbare, komplementäre Funktion angereizt wird.



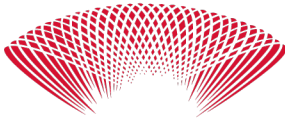
*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



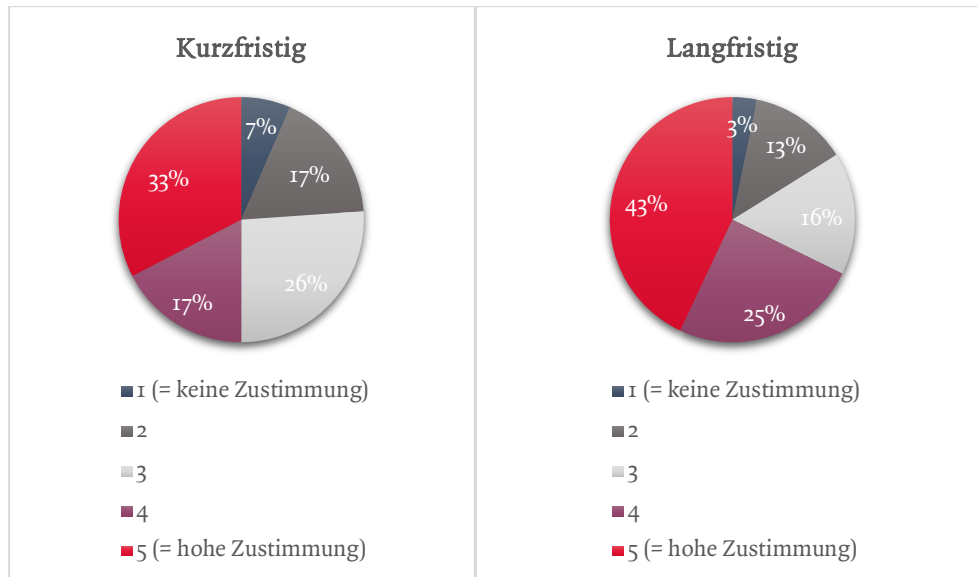
Ein ähnliches Bild wie beim Wasserstoff: der Biogas-Ausbau mit Nachhaltigkeitszertifizierung wird als langfristige Maßnahme begrüßt – von insgesamt ca. zwei Drittel der Teilnehmer. Kurzfristig allerdings können nur ein Drittel der teilnehmenden Unternehmen ihre Zustimmung dazu geben.

### 6.5 Staatliche Flankierung beim Einkauf von Energierohstoffen auf globalem Markt. Bildung einer Rohstoffallianz

Um im internationalen Wettbewerb mit Ländern wie China (die ja als „systemische Wettbewerber“ gelten) nicht ins Hintertreffen zu geraten, sollten die Unternehmen beim Einkauf von Energierohstoffen staatlich unterstützt werden. Rohstoffallianzen sowohl mit europäischen Partnern als auch mit Drittstaatenpartnern sind anzustreben. Langfristig sinnvoll ist auch ein europäisches Alternativangebot zur „Neuen Seidenstraße“ Chinas, auf dessen Basis langfristige Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern auf Augenhöhe etabliert werden sollten.



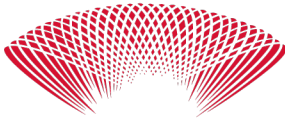
*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*



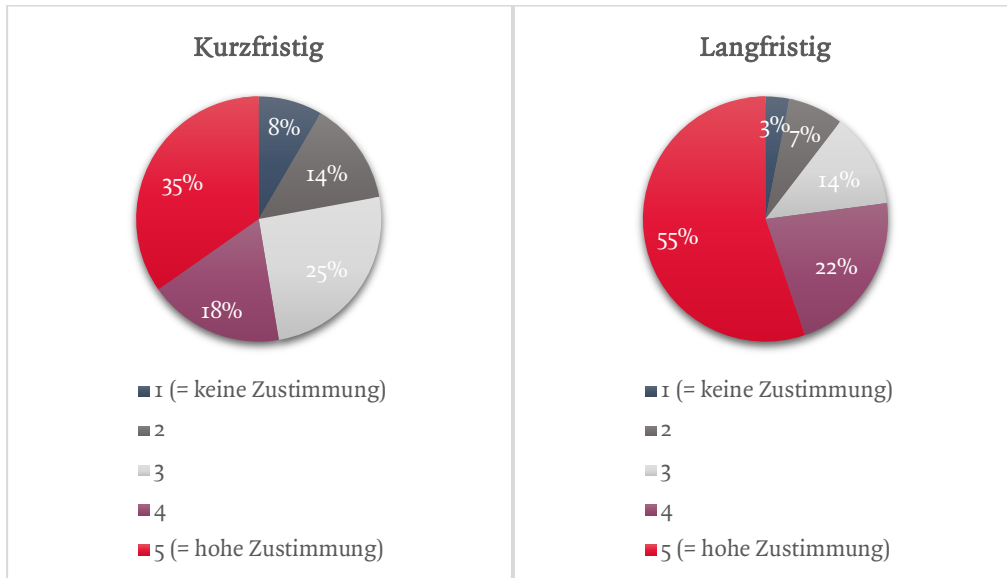
Die strategische, staatliche Unterstützung beim Rohstoffeinkauf trifft sowohl kurz- als auch langfristig auf hohe Zustimmungswerte. Kurzfristig spricht sich die Hälfte der Teilnehmer dafür aus, langfristig sogar fast zwei Drittel.

### 6.6 Aufbau von nationalen Rohstoffreserven

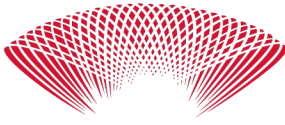
Zur weiteren Absicherung und Diversifizierung der Versorgungssicherheit wäre es sinnvoll, nationale Rohstoffreserven anzulegen, die zu erwartende Engpässe zeitlich überbrücken könnten. Für Erdgas und Öl sollten weitere Reserven in vorhandenen oder ggf. noch zusätzlich zu errichtenden Speichern angelegt werden, die diskret über mehrere Wochen am globalen Markt zu beschaffen wären. Für den Bereich Kohle könnte die Bevorratung einer nationalen Mindestreserve dezentral von den jeweiligen Kraftwerksbetreibern zu den von ihnen benötigten Qualitäten an den globalen Märkten beschafft und auf dezentralen Lagerflächen angelegt werden. Für die Umsetzung wären dabei allerdings noch staatliche Vorgaben, Finanzierungsfragen und Umsetzungszeitraum zu klären, da eine temporär erhöhte Beschaffung an den Weltmärkten auch eine preissteigernde Wirkung entfalten würde.



*Ich halte diese Maßnahme für ein geeignetes Mittel, der aktuellen Krise zu begegnen.  
(1 = Stimme nicht zu; 5 = Stimme voll zu)*

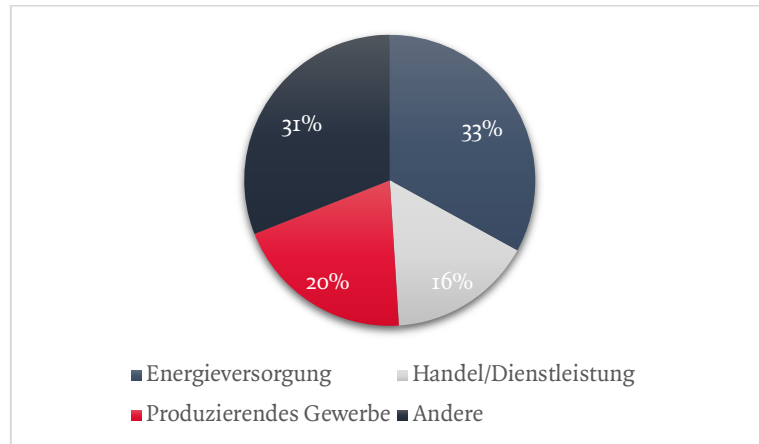


Der Aufbau nationaler Rohstoffreserven wird von den teilnehmenden Unternehmen begrüßt – vor allem als langfristige Maßnahme. Mehr als drei Viertel drücken hierfür langfristig ihre Zustimmung aus, mit überwältigender Mehrheit sogar als eine hohe Zustimmung. Kurzfristig sieht etwas mehr als die Hälfte der Teilnehmer dies als geeignete Maßnahme zur Bewältigung der Krise.

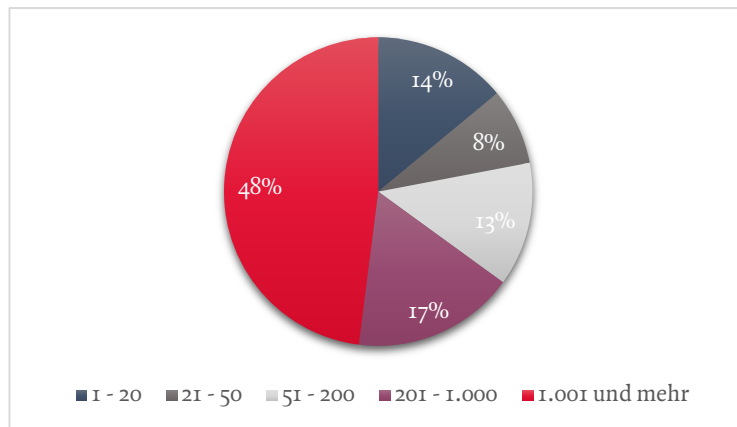


## GRUNDSÄTZLICHE ANGABEN ZU DEN BEFRAGTEN

*In welcher Branche ist Ihre Organisation tätig?*



*Wie viele Beschäftigte umfasst Ihre Organisation*



*Position in Ihrer Organisation:*

